



Schützenpanzer Puma in der „aufgemotzten“ VJTF-Version. Quelle: Boevaya mashina, CC BY-SA 3.0, via Wikimedia Commons

Das Puma-Debakel

Der Pannen- Schützenpanzer und das marode Beschaffungswesen der Bundeswehr

von Jürgen Wagner

Am 14. Dezember 2022 gab der Haushaltsausschuss des Bundestages in seiner letzten Sitzung des Jahres grünes Licht für die ersten größeren Rüstungsprojekte, die aus dem Bundeswehr-Sondervermögen (sprich: den Schulden) von 100 Mrd. Euro bezahlt werden sollen. Als größter Batzen wurden 8,3 Mrd. Euro (mit Folgeaufträgen mindestens 10 Mrd. Euro) für die Anschaffung von F-35 Kampffjets **bewilligt**. Damit wurde auch der Beibehaltung der Nuklearen Teilhabe und damit der fortgesetzten Stationierung von US-Atomwaffen in Deutschland zugestimmt, obwohl sich bei der F-35 bereits jetzt immense Probleme abzeichnen (siehe Kasten).

Noch krasser verhält es sich mit dem Schützenpanzer Puma, der – nicht erst – in den letzten Wochen spektakulär von sich reden machte. Kaum ausgeliefert, musste der Panzer gleich wieder nachgerüstet werden, um den Anforderungen der NATO entsprechen zu können. Und kaum hatte der Bundestag die diesbezüglichen Gelder für die letzte Nachrüstungsmarge am 14.

Dezember bewilligt, wurde der ganze Prozess schon wieder auf Eis gelegt, nachdem sich die – nachgerüsteten – Panzer bei einer Übung als Totalausfall erwiesen hatten. Angetreten sei das Projekt mit dem Anspruch, der „modernste und schlagkräftigste Schützenpanzer weltweit“ zu werden, **wetterte** Welt-Journalist Thorsten Jungholt. Nun sei er „eines der größten Fehlschläge in der Geschichte der deutschen Rüstungsindustrie.“

Im Anschluss an das Debakel begannen Politik, Militär und Industrie sich die Schuld gegenseitig in die Schuhe zu schieben. Doch egal, wer hier am Ende die Hauptverantwortung trägt, die Episode zeigt vor allem einmal mehr, wie hoffnungslos dysfunktional das Beschaffungswesen der Bundeswehr ist. Das hindert die interessierten Akteure allerdings nicht daran, zumindest in einer Sache an einem Strang zu ziehen, nämlich unverdrossen weitere Milliarden zu fordern, um dieses marode System weiter zu befeuern.

Schützenpanzer als Rohrkrepierer

Beim Schützenpanzer Puma handelt es sich um eine der ganz besonderen „Erfolgsgeschichten“ des deutschen Beschaffungswesens: Bis das letzte Exemplar der ersten Bestellmarge („Los“) ausgeliefert wurde, war eine Verspätung von 69 Monaten angehäuft, während die Kosten von ursprünglich 4,3 Mrd. Euro um zusätzliche 1,388 Mrd. Euro deutlich anstiegen.

Neben Verspätungen und Verzögerungen haperte es augenscheinlich auch an der Qualität des Pumas. Jedenfalls wurden bereits 2019 erste Nachrüstungen („Konfigurationsstand S1“) von 40 Exemplaren in Auftrag gegeben, noch bevor das erste Los mit insgesamt 350 Pumas im Juni 2021 vollständig ausgeliefert worden war. Nötig wurde dies, weil der Panzer ansonsten nicht den Anforderungen der Schnellen NATO-Eingreiftruppe (VJTF) entsprochen hätte, deren Führung die Bundeswehr am 1. Januar 2023 übernommen hat.

Mit Auslieferung des ersten Loses erhielten die Konstrukteure Rheinmetall und Krauss-Maffei Wegmann im Juni 2021 den [Auftrag](#), für 1 Mrd. Euro weitere 154 der Schützenpanzer auf VJTF-Standard zu bringen. Außerdem wurde eine Option für die Nachrüstung weiterer 143 Puma für 820 Mio. Euro vereinbart, die dann am 14. Dezember 2022 von den Abgeordneten des Haushaltsausschusses bewilligt wurden (allerdings waren die Kosten mittlerweile bereits auf 850 Mio. Euro gestiegen).

Dadurch wurden inzwischen Aufträge zur Nachrüstung von 337 Pumas vergeben, addiert man die 13 Schulfahrzeuge hinzu, für die kein Upgrade vorgesehen ist, war somit das gesamte erste Los nachrüstungstechnisch vermeintlich unter Dach und Fach. Auf der Internetseite des Verteidigungsministeriums war man zu diesem Zeitpunkt noch sichtlich zufrieden: „143 Schützenpanzer Puma können für rund 850 Millionen Euro auf einen einheitlichen Konstruktionsstand nachgerüstet werden. Mit der Nachrüstung werden alle Puma der Bundeswehr ein einheitliches und einsatztaugliches technisches Niveau erreichen.“ ([bmvg.de](#), 14.12.2022)

Außerdem lag man mit der Auslieferung der für die VJTF-Übernahme vorgesehenen ersten 40 aufgebohrten Schützenpanzer im Februar 2022 im Plan – dachte man zumindest, weshalb auch die Diskussion um die Beschaffung eines zweiten Puma Loses parallel von da ab Fahrt aufnahm.

Rad vs. Kette

Noch bevor das jüngste Debakel seinen Lauf nahm, blies dem Puma sowohl aus dem Parlament wie auch bundeswehrintern teils ein rauer Wind entgegen. Als der Haushaltsausschuss am 11. November 2022 das Bundeswehr-Budget für 2023 genehmigte (50,1 Euro Mrd. plus 8,5 Mrd. Euro aus dem Sondervermögen), versahen die Parlamentarier die Entscheidung mit einem [Maßgabebeschluss](#), in dem die Skepsis gegenüber dem Puma deutlich zum Ausdruck kam. In ihm wurde die Bundesregierung aufgefordert, „zu prüfen, ob eine Fortführung des 2.Loses PUMA noch Sinn ergibt.“

Lange galt die Anschaffung eines zweiten umfangreichen Puma-Loses als gesetzt, vor allem nachdem dessen Finanzierung aus dem Sondervermögen als gesichert erschien (siehe [Bundeswehr-Sondervermögen: Aufrüstung als Konjunkturpaket](#), Telepolis, 5.6.2022). Im März 2022 war noch die Rede von 229 weiteren Pumas gewesen, eine Zahl, die in den letzten Monaten deutlich nach unten korrigiert wurde. Am 7. Dezember 2022 meldete dann das Fachportal [Europäische Sicherheit & Technik](#) (7.12.2022): „Der Umfang eines zweiten Loses des Schützenpanzers Puma fällt offenbar deutlich geringer aus als erwartet.

Wie aus dem vorgestern veröffentlichten 16. Rüstungsbericht des Verteidigungsministeriums hervorgeht, soll der Bestand des Schützenpanzers beim Heer bis zum Jahr 2031 von 350 auf 400 Einheiten steigen – ein Plus von lediglich 50 Exemplaren. [...] Ursprünglich sollten in einem zweiten Los über 200 Pumas beschafft werden, um die seit den 70er Jahren im Einsatz befindlichen Schützenpanzer Marder, mit dem weiterhin Panzergrenadierbataillone ausgerüstet sind, abzulösen. Zuletzt hatte das Heer einen Bedarf von 111 Pumas angemeldet. Diesem Wunsch wird nun offenbar nicht entsprochen.“

Der nachlassende Enthusiasmus hat dabei nicht nur mit der schier endlosen Pannenserie des Puma zu tun, sondern er ist auch ein Resultat eines Flügelstreits innerhalb des Verteidigungsministeriums, über den in der [WirtschaftsWoche](#) (3.6.2022) folgendes nachzulesen war: „Im Kern geht es bei dem Konflikt offenbar um die künftigen Schwerpunkte des Heeres. Bisher setzen die Planer in größerem Umfang auf eine Verteidigung nahe der deutschen Grenzen. Dafür wollten sie neben den schweren Leopard-2-Kampfpanzern vor allem gut geschützte Puma-Schützenpanzer. [...] Angesichts der wachsenden Bedeutung schneller Eingreiftruppen im Rahmen der Nato und den Erfahrungen im Ukrainekrieg drängt nun offenbar Heeresinspekteur Alfons Mais auf mehr mobile Kampfverbände. Diese sollen wie die US Army vor allem Kampfwagen mit Radantrieb nutzen, weil die wegen ihres geringeren Gewichts schneller verlegt werden können als Kettenfahrzeuge.“

Die Probleme des Puma in Kombination mit dem Bedeutungszuwachs beweglicher Kräfte dürften zur Folge gehabt haben, dass die Stückzahl des zweiten Puma-Loses immer weiter sank und stattdessen wohl vermehrt Radpanzer des Typs Boxer angeschafft werden sollen. Außerdem dokumentierten die Abgeordneten des Haushaltsausschusses mit einem weiteren [Maßgabebeschluss](#), diesmal zur Freigabe der Gelder für die Nachrüstung weiterer 143 Pumas am 14. Dezember 2022, erneut ihren Unmut: „Vor Einbringung einer 25 Mio. Euro Vorlage zur Beschaffung weiterer SPz PUMA 2. LOS, ist zu prüfen und sicherzustellen, dass die Maßgaben erfüllt sind und alle SPz PUMA 1. Los angemessen umgerüstet werden.“ ([Maßgabebeschluss](#) des Haushaltsausschusses vom 14.12.2022)

Das Geld für die Nachrüstung der Panzer wurde also zwar freigegeben, aber weitere Mittel für ein zweites Puma-Los sollen nur bewilligt werden, wenn die aufgebohrten Exemplare auch wirklich reibungslos funktionieren.

Totalausfall – Totalstopp

Nur wenige Tage nach Freigabe der Puma-Gelder platzte die Bombe in Form eines von Spiegel Online am 17. Dezember 2022 veröffentlichten Schreibens von Generalmajor Ruprecht von Butler an seinen Chef, den Inspekteur des Heeres. Butler ist Kommandeur der 1. Panzerdivision, zu der auch die Panzergrenadierbrigade 37 aus Frankenberg gehört, die seit Januar 2023 den Kern der VJTF-Truppe der Nato stellt.

Genau für diese Aufgabe waren die im Februar 2022 ausgelieferten ersten 40 auf VJTF-Standard aufgebohrten Pumas vorgesehen, von denen kurz zuvor 18 in einer wohl nicht einmal sonderlich anspruchsvollen Übung getestet worden waren. Das Ergebnis lässt sich dem Brief Butlers entnehmen – ebenso wie dessen Verärgerung: „Von 18 einsatzbereiten Schützenpanzern, mit der die Kompanie begonnen hatte, sank die Einsatzbereitschaft während der letzten acht Ausbildungstage auf 0 Schützenpanzer. [...] Sie können sich vorstellen, wie die Truppe die Zuverlässigkeit des Systems Puma nun bewertet. [...] Mit der üblichen Zuverlässigkeit [sic] deutscher Landfahrzeuge ist dies

Bewilligungsorgie: Kampfjets, Funkgeräte, Gewehre...

Neben der Nachrüstung der Puma-Panzer bewilligten die Haushälter am 14. Dezember 2022 u.a. auch noch die Gelder für die Anschaffung von Überschneefahrzeugen (Neue Generation/Collaborative All-Terrain Vehicles (CATV)) – **Kostenpunkt** 552 Mio. Euro (ein weiteres, bislang noch nicht bewilligtes Los mit 210 Einheiten für 870 Mio. Euro soll scheinbar noch folgen). Nach einer langen Hängepartie, bei der die Sache auch vor Gericht landete, meldete die Bundeswehr auch bei der Anschaffung eines neuen Sturmgewehrs Vollzug: „Das ‚System Sturmgewehr Bundeswehr‘ – ein auf dem HK416 A8 des Herstellers Heckler und Koch basierendes neues Sturmgewehr – soll das G36 als Standardgewehr der Bundeswehr ablösen. Die Bundeswehr kann nun 118.718 neue Sturmgewehre für rund 209 Millionen Euro beschaffen. Die ersten Waffen werden der Truppe im Jahr 2024 zulaufen. Die Auswahlentscheidung war bereits im Frühjahr 2021 gefallen, allerdings hatte ein Nachprüfungsverfahren gegen die Entscheidung durch einen unterlegenen Bieter den Vertragsschluss verzögert.“ (bmvg.de, 14.12.2022)

Etwas unscheinbar kommen die neuen Funkgeräte daher, deren Gelder ebenfalls am 14. Dezember bewilligt wurden. Allerdings handelt es sich dabei um eine Schlüsselkomponente der Dimension „Führungsfähigkeit/Digitalisierung“, die mit rund 20 Mrd. Euro den größten Anteil aus dem Sondervermögen der Bundeswehr erhalten soll. Darin spielt das Programm Digitalisierung landbasierter Operationen (D-LBO) eine zentrale Rolle – und hiervon ist wiederum die Beschaffung neuer Funkgeräte ein wesentlicher Aspekt. Insgesamt scheint es laut einem Artikel des [Security Table](#) (14.12.2022) um ein Volumen von 5,1 Mrd. Euro zu gehen. Aus dem Sondervermögen sollen 1,35 Mrd. Euro für etwa 20.000 Funkgeräte bewilligt werden, die über die nächsten 15 Jahre ausgeliefert werden sollen. Ferner scheint es eine Option für den Kauf weiterer 14.000 Funkgeräte zum Preis von 1,52 Mrd. Euro zu geben. Sollte diese Option gezogen werden, dürfte der Betrag wohl dem „regulären“ Militärhaushalt entnommen werden. Dies gilt auch für die Betriebskosten, die laut [Security Table](#) 2,2 Mrd. Euro über die nächsten 20 Jahre betragen dürften. Profitieren wird von dem Auftrag vor allem

das Münchner Unternehmen Rohde & Schwarz.

Die politisch wie finanziell wohl gewichtigste Entscheidung, die von den Bundestags-Haushältern am 14. Dezember abgenickt wurde, betrifft die Nachfolge der Tornado-Kampfflugzeuge: „Die Beschaffung der F-35-Kampfjets stellt eine tragende Säule beim 100-Milliarden-Programm der Bundeswehr dar. Es handelt sich womöglich um die wichtigste Investition, die mit dem Sondervermögen getätigt werden soll. Die größte ist sie mit Sicherheit.“ ([Augsburger Allgemeine](#), 6.12.2022).

Politisch ist die Entscheidung deshalb von großer Tragweite, weil sie gleichbedeutend mit der Beibehaltung der lange Zeit hochumstrittenen Nuklearen Teilhabe und damit der Lagerung von US-Atomwaffen in Deutschland ist. Bislang sind es nämlich noch Tornados, mit denen im Ernstfall deutsche Pilot*innen die wohl 10 bis 15 in Deutschland lagernden US-Atomwaffen ins Ziel fliegen würden. Aufgrund ihres Alters wird deren Wartung aber immer kostspieliger, weshalb diejenigen, die sich seit eh und je für eine Fortsetzung der Nuklearen Teilhabe aussprachen, schon lange auf neue Kampfjets gedrängt hatten. Nach langen und teils heftig geführten Auseinandersetzungen sprach sich Kanzler Olaf Scholz in seiner Zeitenwende-Rede im Februar 2022 schließlich für die Beschaffung von F-35 Kampfjets aus und beendete damit faktisch die Debatte (siehe [IMI-Analyse 2022/08](#)).

Konkret geht es nun um insgesamt 35 F-35-Flugzeuge des US-Herstellers Lockheed Martin, die ersten acht sollen bereits 2026 sämtliche Exemplare bis 2029 zur Verfügung stehen. Was die Kosten anbelangt, ist meist von dem vom Haushaltsausschuss auch tatsächlich am 14. Dezember bewilligten Betrag von rund 8,3 Mrd. Euro zu lesen. Dabei handelt es sich allerdings „nur“ um die Kosten für 35 F-35 (7,6 Mrd. Euro) sowie einer Anfangsbewaffnung (Luft-Luft-, Luft-Boden-Effektoren und Scheinziele) für 683 Mio. Euro. Das gesamte Preisschild wird aber deutlich höher ausfallen: ab 2023 werden nämlich die Kosten für weitere Bewaffnungstypen sowie für den notwendigen Ausbau der Infrastruktur in Büchel anfallen, wo die der F-35 und US-

Atombomben sich befinden werden. Das alles wird sich auf mindestens 9,99 Mrd. Euro summieren. Ob sich Deutschland hier hat über den Tisch ziehen lassen, ist schwer einzuschätzen. Vielleicht zahlen sich aber nun die 24.000 Euro, die F-35 Hersteller Lockheed Martin laut [abgeordnetenwatch](#) allein für ein Abendessen ausgegeben haben soll, an dem u.a. die Abgeordneten Marcus Faber (FDP), Kerstin Vieregge (CDU) und Wolfgang Hellmich (SPD) teilgenommen hätten, nun aus. Jedenfalls liegt der zu entrichtende Stückpreis von 217 Mio. Euro samt Ersatzteilpaket doch deutlich über dem, was Norwegen im Januar 2022 (197 Mio. Dollar) und Finnland im Februar 2022 (147 Mio. Dollar) berappen müssen (siehe [IMI-Analyse 2022/08](#)).

Der eigentliche Hase liegt aber ohnehin bei den Betriebskosten im Pfeffer, die noch einmal weit über den Beträgen liegen, die für die Beschaffung bereitgestellt werden. Für unterschiedliche Länder angefertigte Schätzungen dieser Lebenszykluskosten liegen zwischen dem 3,6fachen (Schweiz) bis hin zum fünffachen (Kanada) des Einkaufspreises. Und das für einen Flieger, der so fehleranfällig ist, dass er nach Berechnungen des US-Rechnungshofes GAO im Schnitt gerade einmal zu 40 Prozent der Zeit voll einsatzbereit ist (siehe [Milliardengrab Kampfjet F-35 – auch für Deutschland](#), Telepolis, 16.11.2022).

Bei den angegebenen Kosten handelt es sich im Übrigen um Mindestbeträge, die auch noch steigen können – das Verteidigungsministerium (BMVg) rechnet sogar relativ fest damit: „Das Bundesverteidigungsministerium sieht inzwischen erhebliche Risiken bei der geplanten Beschaffung von F-35-Tarnkappenbomben in den USA. Dies geht aus einem vertraulichen Schreiben an den Haushaltsausschuss des Bundestags hervor. Das Ministerium warnt vor ‚zeitlichen Verzögerungen und Mehrkosten‘ wegen äußerst aufwendiger Vorbereitungsarbeiten. Das geheime Schreiben ist eingestuft als ‚Verschlussache - nur für den Dienstgebrauch‘.“ ([Deutsche Welle](#), 4.12.2022)



Cover der Greenpeace-Studie über das desolante Beschaffungswesen der Bundeswehr.

festzustellen. Bei der Fehlersuche, so heißt es in einem internen Protokoll der Industrie, deute einiges auf Probleme bei der Truppe hin: Die Einheit habe weder die nötigen Ersatzteile mit in diese Übung genommen noch ausreichend Sonderwerkzeug. Die bereitstehende Hilfe der Herstellerfirmen sei nicht angefordert worden.“ (Thomas Wiegold, [TableSecurity](#), 20.12.2022)

Außerdem handele es sich bei den Problemen überwiegend um „Kleinstschäden“, das Ganze sei lediglich ein „Sturm im Wasserglas“, wie der Vorstandsvorsitzenden von Rheinmetall, Armin Papperger, [monierte](#). Und tatsächlich [meldete](#) das Handelsblatt kurz vor Jahresende 2022, 17 der 18 defekten Panzer seien wieder instand gesetzt. Allerdings müssten die Pumas nun zum „Panzer-TÜV“ und stünden erst einmal für einen längeren Zeitraum nicht zur Verfügung: „Die 18 Puma sollen nach dem Pannen-Check nun direkt die Hauptuntersuchung durchlaufen. Diese werde weitere Zeit in Anspruch nehmen, hieß es in den Kreisen. Ab März sollten die Schützenpanzer der Bundeswehr dann wieder zur Verfügung stehen.“ ([Handelsblatt](#), 30.12.2022)

Lambrecht angezählt – Kommando zurück!

Trotz aller Versuche, das Ganze als Lappalie darzustellen, schlussendlich standen die nachgerüsteten Pumas nicht für eine Verwendung in der VJTF zur Verfügung, die Bundeswehr musste also auf Marder-Schützenpanzer zurückgreifen. Dennoch ging

die Industrie schnell dazu über, systematisch gegen die „ungerechtfertigten“ Anschuldigungen der Verteidigungsministerin Stimmung zu machen, während in den Medien mal offen mal verdeckt ihr Kopf gefordert wurde. Besonders nach ihr in der Tat missglücktes, aber vergleichsweise harmloses Neujahrsvideo, das zu einem waschechten Skandal aufgebauscht wurde, wirkte Lambrecht sichtlich angezählt.

Noch am 2. Januar 2023 hieß es in der [Wirtschaftswoche](#), Lambrecht habe ihren Laden nicht im Griff und wolle davon ablenken, indem sie der Industrie ungerechtfertigt die Schuld für diverse Pannenserien in die Schuhe schieben wolle: „Die Ministerin muss die Probleme in ihrem Haus aktiv benennen und auch gegen Widerstände durchsetzen“, sagt Christian Mölling, Forschungsdirektor bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Er sieht den ‚Radikalumbau‘ als letzte Möglichkeit für Lambrecht. Nur so könne die Ampelregierung sicherstellen, bis 2025 der Nato verlässlich eine versprochene vollausgestattete und einsatzbereite Heeresdivision bereitstellen zu können. Nur so lasse sich auch ein dauerhaftes Engagement für die Ukraine garantieren. [...] Anstatt aber im Ministerium aufzuräumen, zeigt Lambrecht lieber auf andere. Deutsche Waffenhersteller etwa sind verärgert, weil sie immer wieder als Sündenböcke herhalten müssen.“

Auch hier lässt sich schwer beurteilen, ob es mit der Schärfe der Angriffe zu tun hatte, die im Vorfeld auf die Ministerin niederprasselten, jedenfalls wurde der Ton des Ministeriums gegenüber dem Puma in einem [Sachstand](#) vom 4. Januar 2023 dann schlussendlich wieder deutlich entschärft. Vor allem die zuvor im Raume stehende grundsätzliche Abkehr von diesem System war erst einmal wieder ebenso vom Tisch, wie die zuvor verkündete Aussetzung der Nachrüstung des ersten Loses auf den VJTF-Standard – ein zweites Los könne allerdings erst beschlossen werden, sollten sich die nachgerüsteten Puma bewährt haben. Konkret heißt es im [„Sachstand beim Schützenpanzer Puma“](#) dazu: „Grundsätzlich ist der Puma ein leistungsfähiger Schützenpanzer und verfügt über die Fähigkeit, der Truppe im Gefecht Wirkungsüberlegenheit zu verschaffen. [...] Aktuell werden 150 Puma des 1. Loses auf den verbesserten Konstruktionsstand ‚S1‘ gebracht. Zusätzlich wird das technisch-logistische Konzept der Truppe weiter ausgestaltet. Die Wirksamkeit der Maßnahmen sind Voraussetzung für die Auslösung weiterer Nachrüstooptionen oder die Beauftragung des 2. Loses.“

Marodes Beschaffungswesen

Am Ende des Liedes bleibt vor allem, dass der Schützenpanzer viele Jahre zu spät und viel teurer als geplant ausgeliefert wurde, dann für teuer Geld aufgerüstet werden musste, um für die VJTF überhaupt zu taugen und am Stichtag war der Panzer dann trotzdem gegen die Wand gefahren: Für die Führung der VJTF greift die Bundeswehr nun seit Januar 2023 auf 28 Marder-Schützenpanzer [zurück](#). Doch egal, wer am Ende die Hauptverantwortung in diesem Fall trägt, wahrscheinlich ein Mix aus allen beteiligten Akteuren, die jüngsten Puma-Pannen sind vor allem symptomatisch für das insgesamt hoffnungslos dysfunktionale Beschaffungswesen der Bundeswehr, das bereits seit Jahren in der Kritik steht. Zuletzt kam im Mai 2022 eine im Auftrag von Greenpeace angefertigte [Studie](#) zu dem Ergebnis, diverse Probleme beim Beschaffungsprozess würden Mehrkosten zwischen 35% und 54% verursachen. In schöner Regelmäßigkeit dokumentiert auch die Bundeswehr ihr Scheitern bzw. das ihres Beschaffungswesens in Form von halbjährlich erscheinenden [Rüstungsberichten](#). Darin legt das Ministerium vor allem Zeugnis über den Stand, die Verspätungen und die Kostensteigerungen der wichtigsten

Bundeswehr-Großprojekte ab. Im letzten Anfang Dezember 2022 erschienenen Bericht ließ sich nachlesen, dass die untersuchten Rüstungsprojekte mit einem Gesamtvolumen von 68,8 Mrd. Euro dem ursprünglichen Zeitplan im Schnitt 27 Monate hinterherhinken würden und dabei insgesamt rund 12 Mrd. Euro teurer seien als anfangs geplant.

Auf den ersten Blick weichen diese neuen Zahlen erheblich vom Frühjahrsbericht 2022 ab: Demgegenüber sind sowohl die Verzögerungen (48 Monate) als auch die Kostenüberschreitungen (16,9 Mrd. Euro) deutlich gesunken. Bei näherem Hinsehen zeigt sich aber, dass diese Werte vor allem darauf zurückzuführen sind, dass einige der spektakulärsten Rohrkrepiere nach Auslieferungsende aus der Statistik gefallen sind. Neben dem Puma haben der Bundeswehr zum Beispiel auch der nun nicht mehr aufgelistete Transporthubschrauber NH90 (Mehrkosten: 1,343 Mrd. Euro; Verzögerung: 134 Monate) und die Fregatte F125 (1,258 Mrd. Euro; 56 Monate) über Jahre die Pannenstatistik verhängelt. Die neu aufgenommenen Projekte (F-126, U212, PEGAUS...) befinden sich noch in ihren Anfängen und hatten somit bislang noch wenig Gelegenheit, um signifikante Verzögerungen und Mehrkosten zu verursachen.

Wie beschrieben, wird sich der Bundeswehr-Haushalt im kommenden Jahr auf 50,1 Mrd. Euro plus 8,5 Mrd. Euro aus dem Sondervermögen belaufen. Davon sollen nach aktuellen Planungen 2023 insgesamt 71 große Rüstungsprojekte (25-Mio-Euro-Vorhaben) beschlossen werden. Dementsprechend schnellen auch die Rüstungsinvestitionen in die Höhe: Von vergleichsweise moderaten 4,181 Mrd. Euro (2017) stiegen sie bereits auf 7,652 (2021) und 9,933 (2022) deutlich an, nur um dann mit 16,211 (2023) und anschließend mindestens 22 Mrd. Euro (2024) richtig zu explodieren. Nichts deutet aber darauf, dass der marode Beschaffungsapparat in der Lage sein wird, solch gigantische Steigerungen absorbieren zu können. Im vorigen Jahr wurde beispielsweise erneut ein „mittlerer dreistelliger Mio-Betrag für Beschaffung mangels Kapazitäten im Beschaffungsprozess nicht abgerufen.“ (griephan-Briefe, Nr. 001/23)

Außerdem gibt es wenig Hinweise, dass Politik, Militär und Industrie künftig in der Lage sein werden, das Problem in absehbarer Zeit in den Griff zu bekommen. Anfang Januar 2023 wurde etwa über ein 63seitiges „Reformpapier“ des Verteidigungsministeriums berichtet, das in den Medien unisono als vollkommen unzureichend kritisiert wurde. „Lustlos, ideenlos, widersprüchlich“, lautete etwa das vernichtende Urteil in der Welt (6.1.2023). Die Zeitung zitierte aus dem Papier selbst, in dem frank und frei eingeräumt wurde, die insgesamt rund 200 Vorschläge würden allenfalls kleine Verbesserungen bringen. Der Reformbedarf sei „grundlegend, vielfältig und gewaltig“, das Maßnahmenpaket „nicht ausreichend, um die Verkrustungen von Jahrzehnten auszubrechen“.

Insofern sind weitere Pleiten, Pech und Pannen bereits vorprogrammiert. Das sollte vielleicht auch denen zu denken geben, die trotz – und teils sogar wegen – der jüngsten Probleme weiter reflexhaft nach immer mehr Geld rufen, um diesen dysfunktionalen Apparat weiter zu befeuern – tut es aber nicht.



ANTIMILITARISMUS BRAUCHT ANALYSEN, IMI BRAUCHT EUCH!

Dieser Wegweiser zeigte 2017 am Tag der Bundeswehr in Dornstadt in die Richtungen der zahlreichen, aktuellen Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Die Informationsstelle Militarisation (IMI) versucht mit all den Einsätzen sowie den Militarisierungsprozessen im Inneren, Migrationsbekämpfung, militärischen Landschaften, Rekrutierungsmaßnahmen, Rüstungshaushalten und vielen weiteren Themen Schritt zu halten.

Um dazu fähig zu sein und das erstellte Material grundsätzlich online kostenlos zur Verfügung stellen und in Printform zum Selbstkostenpreis abgeben zu können, sind wir auf Spenden und Mitgliedschaften angewiesen, die steuerlich absetzbar sind.

Daher bitten wir alle, die sich finanziell dazu in der Lage sehen, uns für das kommende Jahr mit einer Spende zu unterstützen oder auch Menschen im Bekanntenkreis über eine mögliche IMI-Mitgliedschaft zu informieren.

IMI-Spendenkonto Kreissparkasse Tübingen:
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32
BIC: SOLADES1TUB

Mitgliedsformulare finden sich hier:
www.imi-online.de/mitglied-werden

JEDE FORM DER UNTERSTÜTZUNG IST SEHR WILLKOMMEN!

Information

Die Informationsstelle Militarisation (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer bei der Kreissparkasse Tübingen ist:
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32 BIC: SOLADES1TUB

Adresse:

**Informationsstelle
Militarisierung (IMI) e.V.**
Hechingerstr. 203
72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. wieder.

